

DER WANDEL POSTSOZIALISTISCHER STÄDTE

György ENYEDI, Budapest*

Übersetzung aus dem Englischen: Dietlinde MÜHLGASSNER, Wien*

mit 1 Abb. und 1 Tab. im Text

INHALT

1.	Einleitung	53
2.	Besonderheiten der Verstädterung in Ostmitteleuropa	54
3.	Städtebezogene Aspekte des postsozialistischen Wandels	58
	3.1 Verschärfung von Disparitäten	59
	3.2 Grenzüberschreitende Beziehungen	59
	3.3 Die Herausbildung einer Stadtwirtschaft.....	60
	3.4 Unabhängige Stadtverwaltungen	61
	3.5 Die Veränderung der städtischen Gesellschaft	62
	3.6 Privatisierung von städtischem Grund und Boden	63
	3.7 Das Wohnungswesen	64
	3.8 Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen.....	65
4.	Ostmitteleuropäische Städte in der europäischen Städtekonzurrenz	65
5.	Zusammenfassung	69
6.	Summary	69
7.	Literaturverzeichnis	70

1. Einleitung

Seit 1988 sind grundlegende Veränderungen im Sozialsystem der früher kommunistischen europäischen Staaten eingetreten. Der politische und wirtschaftliche Wandel hat neue Trends in der Stadtwirtschaft und in der Stadtentwicklung ausgelöst. In dieser Studie sollen weder die Vorgänge bei der Änderung des politi-

* Dr. György Enyedi, Budapest Department of Centre for Regional Studies, Hungarian Academy of Sciences, H-1583 Budapest 114, Orszaghaz u. 9; Wiss. OR Dr. Dietlinde Mühlgassner, Institut für Geographie der Universität Wien, A-1010 Wien, Universitätsstraße 7

schen Systems noch der komplizierte Übergang von einer zentral geplanten Staatswirtschaft zur Marktwirtschaft diskutiert werden – zu diesen Gesichtspunkten gibt es bereits eine umfangreiche Literatur.

Ich möchte folgende drei Fragen aufgreifen:

1. Wie unterscheidet sich das städtische System in Ostmitteleuropa von dem Westeuropas? Wie haben sich 40 Jahre kommunistisches Staatssystem ausgewirkt?
2. Welche Elemente in stadtbezogenen Prozessen sind dem stärksten Wandel unterworfen?
3. Wie können post-sozialistische Städte in der europäischen Städtekonkurrenz bestehen und sich integrieren?

2. Besonderheiten der Verstädterung in Ostmitteleuropa

Ich gehe von der Hypothese aus, daß die "sozialistische Urbanisation", genauer: die Verstädterung in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg, kein eigenständiges Modell moderner Urbanisation darstellt. In den europäischen kommunistischen Ländern zeigten sich vielmehr, mit zeitlicher Verzögerung, die gleichen Tendenzen wie in den westeuropäischen. Allerdings kam es auf den einzelnen Entwicklungsstufen durch verzögerte Modernisierungstendenzen und das kommunistische Staatssystem zur Ausbildung von Besonderheiten. Um diese Hypothese zu stützen, wurde eine vergleichende Analyse der Städtetze in den ostmitteleuropäischen Ländern sowie in Österreich und Bayern durchgeführt. Eine Kartenserie gibt Volkszählungsdaten aus den Jahren 1930, 1950 und 1980 für alle Städte mit über 50.000 Einwohnern wieder, und zwar bezogen auf die derzeitigen Stadtgrenzen. Die Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts lag die Kernzone der Verstädterung in Ostmitteleuropa in Böhmen, in Sachsen und Thüringen sowie in Schlesien (heute Teil Polens, damals Deutschlands). Sie war seit dem Mittelalter ein historisches Zentrum der Urbanisation, und zugleich das östlichste Gebiet, in dem ausschließlich der westeuropäische Typus mittelalterlicher Städte zu finden war. Diese Zone wies ein dichtes Netz mittelgroßer und kleiner Städte auf.

Große Städte (mit über einer Million Einwohnern) – Berlin, Budapest, Wien, Warschau – lagen außerhalb dieses Gebiets, innerhalb wenig entwickelter Städtetze in ausgeprägt ländlichen Räumen. Österreich, Ungarn und Bayern zeigten in ihren Städtetzwirken Ähnlichkeiten: Die Hauptstädte waren die einzigen Großstädte, und ihren nationalen Siedlungsnetzen fehlten wichtige Zentren zweiter Ordnung. In Südosteuropa war Bukarest die einzige Stadt nennenswerter Größe, und nur Rumänien hatte Ansätze zu einem Netz moderner Städte. In den

anderen Teilen des später kommunistischen Balkans gab es keine einzige Mittelstadt, und sogar die Hauptstädte, wie Belgrad oder Sofia, erreichten diese Stufe nicht. In diesen ganz überwiegend agrarischen Ländern waren die "Städte" einfache ländliche Marktorte. Das Gesamtbild änderte sich zwischen den beiden Weltkriegen nicht sehr stark, es gab allerdings ein gewisses industrielles Take-off auf dem Balkan, das einigen Städten einen Entwicklungsschub verlieh (vgl. Abb. 1a, b, c).

In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg gab es starke Veränderungen. Zwischen 1950 und 1980 wuchs in Österreich, in Bayern und in der Deutschen Demokratischen Republik die Zahl der Städte mit über 50.000 Einwohnern um 50 %. Wegen der übergroßen Hauptstadt und der physischen Struktur des Landes blieb in Österreich das Städtetz relativ schwach entwickelt. Die Urbanisation führte zu einem Wachstum der Kleinstädte. In allen anderen Ländern verdreifachte sich die Zahl der Städte mit über 50.000 Einwohnern (außer in Bulgarien, dort versechsfachte sie sich). In der früheren Tschechoslowakei war das Stadtwachstum im tschechischen Landesteil ähnlich wie in Österreich, die Slowakei glich mehr Südosteuropa (ausführlichere Analyse in ENYEDI 1992b). Der Ausbau des Städtetzwetks spiegelt klar die NW-SE-Wanderungen während der letzten 45 Jahre. Der Wiederaufbau nach dem Krieg und die erste Welle "sozialistischer" Industrialisierung verstärkten die Position bereits bestehender Städte. In Ungarn und Polen erlebten die Städte ihr eigentliches Take-off (mit starkem Stadtwachstum) in den 60er Jahren, in der Slowakei und auf dem Balkan in den 70er Jahren. In der Deutschen Demokratischen Republik und in Böhmen und Mähren gab es wenig Änderung.

Im größeren Teil Südosteuropas blieb die Bevölkerung selbst bis 1950 noch überwiegend agrarisch: über 80 % in Bulgarien und Jugoslawien, 70 % in Rumänien und Polen, 60 % in Ungarn. Das Städtetz, das sich in diesem weitgehend ländlichen Raum während der Periode kommunistischer Staatsform ausbildete, entsprach nicht genau dem im stärker entwickelten Mitteleuropa. Es besteht nach wie vor ein deutlicher Unterschied in der Urbanisierung zwischen den mitteleuropäischen und den südosteuropäischen Teilen der Region, dieser ist aber im wesentlichen durch die historische Entwicklung und nicht durch unterschiedliche Sozialsysteme bedingt. Vor 40 Jahren war Südosteuropa ebenso ländlich geprägt wie heutige Entwicklungsländer, aber das Take-off in der Verstädterung hier ist nicht mit dem heutigen extrem polarisierten Muster der Urbanisation in der Dritten Welt zu vergleichen. Wenn wir das räumliche Muster der Siedlungsentwicklung in Ostmitteleuropa analysieren, können wir keinen einzigen Aspekt entdecken, der nur in den kommunistischen Ländern zu finden wäre.

Ähnlichkeiten zwischen der ostmitteleuropäischen und der westeuropäischen Urbanisation sind von höchster Bedeutung. Sie resultieren aus den allgemeinen Regeln moderner Verstädterung sowie dem Weiterwirken europäischer Urbanisation. Nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgte in der europäischen Semi-Peripherie

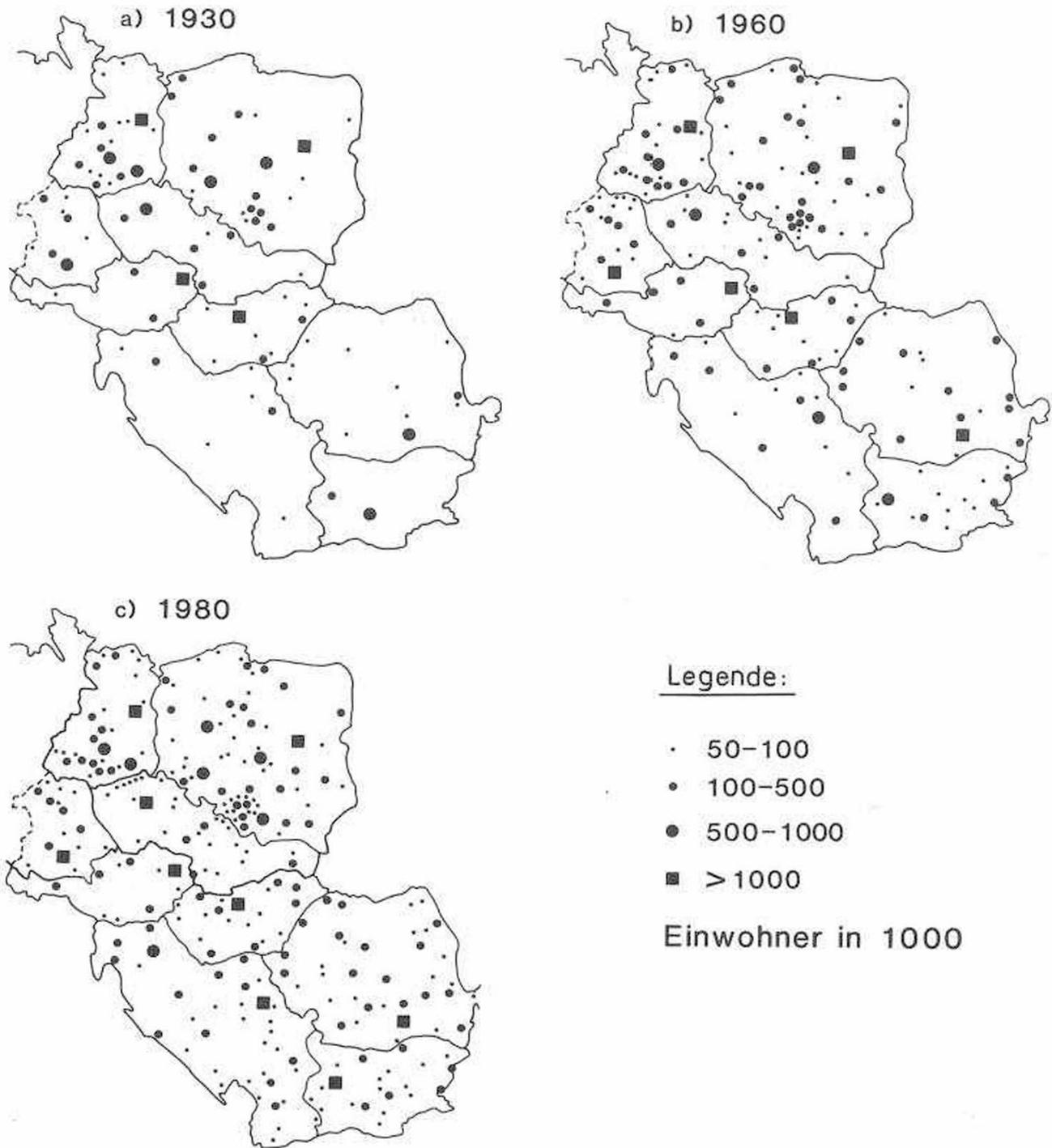


Abb. 1a, b, c: Städteentwicklung in Mittel- und Ostmitteleuropa (politische Grenzen: Stand 1980)

(der südlichen, dem Mediterranraum, und der östlichen) eine relativ rasche Industrialisierung mit all den unvermeidlichen räumlichen Auswirkungen: Stadtwanderung aus den ländlichen Räumen, Konzentration der Bevölkerung in Städten, Suburbanisierung usw. Durch diesen Modernisierungsprozeß wurden die früheren Unterschiede zwischen dem agrarischen Europa und dem verstädterten Europa verringert. Wir leben heute auf einem verstädterten Kontinent, auf dem aller-

dings im Süden und Osten noch Spuren der verspäteten Urbanisation zu erkennen sind. Es ist ein historischer Zufall, daß die Modernisierung im Osten in einem kommunistischen Staatssystem stattfand. Ich bin der festen Überzeugung, daß während der letzten 45 Jahre in Ostmitteleuropa europäische Formen moderner Verstädterung gefördert wurden.

Der "historische Zufall" hatte allerdings zwei wichtige Auswirkungen auf den Verstädterungsprozeß. Zunächst verlängerte er die Stadt-Land-Dichotomie, besonders im Hinblick auf die Lebensbedingungen. Die Infrastruktur diente hauptsächlich der Produktion und wurde in erster Linie in den Städten ausgebaut, aber selbst dort lange Zeit vernachlässigt. Ihre Entwicklung hing auch von Mittelzuteilungen der Zentralverwaltung ab, aber ihre Position im Wettbewerb um Subventionen war schlecht – die unwirtschaftlich arbeitende Staatsindustrie hatte immer Priorität. Außerdem veränderte der Staatssozialismus die Struktur und das Funktionieren der städtischen Gesellschaft. Anstelle einer Entwicklung in Richtung Mittelklasse trat weithin Proletarisierung ein. Das städtische Leben wurde von streng kontrollierten Regeln bestimmt, selbst im Freizeit- und Kulturbereich sowie bei politischen Aktivitäten, und autonome, individuelle Entscheidungen von Bürgern hatten keinen Platz. Diese beiden "sozialistischen" Besonderheiten machen nun eine Eingliederung in das (west-)europäische Städtetz schwierig.

Meine Feststellung, daß Ähnlichkeiten in der Urbanisation in West- und Osteuropa von grundlegender Bedeutung sind, ist von einigen Autoren bezweifelt worden. Nach ihrer Ansicht sind die Unterschiede entscheidend, die sich aus dem kollektiven (meist staatlichen) Eigentum an Grund und Boden und der Infrastruktur in den Städten, aus der zentral geplanten Zuweisung von Mitteln für die Entwicklung und aus dem Bestehen umfassender Strategien zur Gestaltung der nationalen Siedlungssysteme in den kommunistischen Staaten ergaben, während die "kapitalistische" Urbanisation von Marktkonkurrenz, Privateigentum, Profiten aus Immobilienverwertung, lokaler Entscheidungsfindung und individueller Stadtplanung bestimmt wurde (SZELÉNYI 1983). Unter dem Gesichtspunkt der künftigen Entwicklung der ostmitteleuropäischen Städte kommt dieser Frage auch jetzt noch Relevanz zu.

Meine Überzeugung bezüglich grundlegender Ähnlichkeiten im Urbanisationsprozeß wirft eine Frage auf: Wie lassen sie sich überhaupt erklären? Die kommunistischen Regierungen besaßen die Macht, in den Urbanisationsprozeß einzugreifen, und sie hatten ganz genaue Zielvorstellungen dafür.

Teilweise habe ich die Antwort schon vorweggenommen, und zwar mit der Aussage, daß der über einen langen Zeitraum wirkende Industrialisierungsprozeß und die moderne Urbanisierung überall die gleiche Art räumlicher Konsequenzen haben. Es gibt noch zwei andere Gründe. Der eine ist, daß das kommunistische System anfangs gewisse ideologische Ziele verfolgte, die dann, mit wenigen

Ausnahmen, durch technokratische Zielsetzungen ersetzt wurden. Offensichtlich war es in einem so komplexen sozialen System, wie es Städte darstellen, nicht möglich, Prozesse normativ zu planen und zu steuern. Ein ganz neuer Prozeß läßt sich nicht beliebig einleiten. Die Planer formulierten immer wieder die Planungsziele so um, daß sie den "regulären" spontanen Urbanisierungsprozessen entsprachen. Außerdem versprachen ja die kommunistischen Regierungen der Bevölkerung, daß man mit dem Westen gleichziehen werde, also orientierten sich die Planer an westlichen Vorbildern für die Stadtplanung, für die Verwaltung und die Weiterentwicklung der technischen Zivilisation in den Städten. Außerdem wird selbst in einem totalitären Staat die Urbanisation von individuellen Entscheidungen beeinflußt: durch die Wahl eines neuen Wohnstandortes, die Annahme eines neuen Postens, das Suchen einer neuen Wohnung und die Entscheidung für eine bestimmte Ausbildung für die Kinder. Diese Wahlmöglichkeiten sind Ausdruck einer gewissen Perzeption des städtischen Raums, die Teil unserer gemeinsamen europäischen kulturellen Tradition ist. Diese "individuelle Urbanisation" lehnte die von der kommunistischen Urbanisation diktierten Wertvorstellungen ab und versuchte, tradierte "bürgerliche" Wertvorstellungen beizubehalten. (So akzeptierten die Bürger zum Beispiel die "Gleichberechtigung" nicht – sie wollten ihren sozialen Aufstieg durch einen Wohnungswechsel demonstrieren, und durch eine komplexe Schattenwirtschaft im Wohnungsmarkt wurde die soziale Segregation aufrechterhalten.)

Ich möchte diesen Abschnitt mit der Bemerkung abschließen, daß sich langfristige städtische Prozesse in den letzten 45 Jahren in den bisher kommunistischen Staaten Europas fortgesetzt haben und daß daher grundlegende Ähnlichkeiten zwischen den west- und osteuropäischen Städtesystemen bestehen. Dies schafft gute Voraussetzungen für eine gesamteuropäische städtische und regionale Integration, obwohl zwei spezielle Aspekte der kommunistischen Periode, die mangelhafte Infrastruktur und die verzerrte oder zerfallene Struktur der städtischen Gesellschaft, den Übergang erschweren werden.

3. Städtebezogene Aspekte des postsozialistischen Wandels

Nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Staatssystems gab es – besonders in Mitteleuropa – die naive Hoffnung, daß die institutionelle Integration mit dem Westen schnell ablaufen würde, und zwar mit umfangreicher Hilfe durch die Länder der EG. Sie würde durch die Übernahme der Regeln und Normen, die die EG festgelegt hat, bewerkstelligt. Diese Hoffnung wurde durch die Tatsache genährt, daß die EG Griechenland und Portugal aufgenommen hatte und diese Staaten bei der Integration unterstützte. Die Wirtschaft in diesen beiden Staaten war zum Zeitpunkt des Beitritts nicht besser auf die Integration vorbereitet, als dies heute für Tschechien oder Ungarn zutrifft.

Aus vielerlei Gründen haben sich die Dinge während der drei Jahre seither geändert. Einer davon ist, daß in den postsozialistischen Staaten der Übergang zur Demokratie und zur Marktwirtschaft langsamer erfolgte, als dies ursprünglich erwartet worden war, daß er unharmonischer und widersprüchlicher ablief. Ich möchte die Veränderungen beschreiben, die sich in einigen Aspekten der Stadtentwicklung ergeben, es gibt aber noch zuwenige Grundlagen, um Entwicklungslinien eindeutig vorhersagen zu können.

3.1 Verschärfung von Disparitäten

Im Städtesystem wachsen die Unterschiede und Disparitäten. Das gilt für die gesamte Region: Die historischen Unterschiede zwischen den mitteleuropäischen und den südosteuropäischen Ländern unter den postsozialistischen Staaten treten wieder deutlich zutage. Der Hauptunterschied liegt in den Traditionen städtischen Lebens. Im Südostteil der Region sind die meisten Städte erst in den letzten paar Dekaden entstanden, einen hohen Anteil der jetzigen Stadtbewohner machen Zuwanderer aus ländlichen Gebieten aus, die zwar zu einem großen Teil ihre früheren Verhaltensweisen abgelegt haben, denen aber doch die städtische Umwelt und die Regeln städtischen Lebens fremd blieben. Diese Unterschiede werden allerdings in den mitteleuropäischen Ländern manchmal übertrieben dargestellt, wenn Tschechen oder Ungarn ihre Nähe zum Westen beweisen wollen, indem sie ihre Distanz zum Osten betonen.

Durch das Anforderungsprofil ausländischer Investoren bzw. Großfirmen wurden Unterschiede zwischen den Städten deutlich. Plötzlich waren für erfolgreiche Städte eine qualitativ hochwertige Infrastruktur, ebensolche Dienstleistungsangebote für die Geschäftswelt und gut ausgebildetes Personal notwendig – und es gibt erst sehr wenige Städte, die diese Bedingungen schon erfüllen können. Durch die generelle wirtschaftliche Krise können nur wenige von ihnen ausländische Investitionen an sich ziehen, moderne Aktivitäten ansiedeln und vielversprechende Dynamik zeigen. Dies führt auch zu einer polarisierten regionalen Entwicklung.

3.2 Grenzüberschreitende Beziehungen

Durch die Entwicklung grenzüberschreitender Verbindungen wird die funktionale Bedeutung von Städten in einen größeren (internationalen) räumlichen Bezug gestellt. Im kommunistischen System waren Städte isolierte Einheiten, die durch öffentliche Dienstleistungen oder Verwaltungseinrichtungen nur mit ihrem unmittelbaren Einzugsbereich verbunden waren – und dieser wurde von höherrangigen Behörden streng festgelegt. Weder die Stadtbehörden noch sonstige Einrichtungen durften grenzüberschreitende Beziehungen anknüpfen oder pflegen – dies galt auch für Betriebe oder Geldinstitute.

Grenzüberschreitende Beziehungen haben der Stadtentwicklung neue Möglichkeiten eröffnet. Die geographische Lage, also etwa die Lage nahe der Staatsgrenze, bekam dabei große Bedeutung. In Ungarn, Tschechien und Polen entwickelten sich die Grenzzonen zum Westen, gegen Deutschland und Österreich, rasch. Während des Kalten Krieges hatten sie stagniert. Zwischen den postsozialistischen Ländern sind grenzüberschreitende Beziehungen viel komplizierter: Es bestehen vielfach politische Spannungen zwischen den Nachbarn, die offizielle Kontakte hemmen. So haben es etwa slowakische und rumänische Regionen und Städte abgelehnt, an der "Theiß-Karpaten-Euroregions-Zusammenarbeit" (von Ungarn, Polen und der Ukraine angeregt) teilzunehmen. An den postsowjetischen und den rumänischen Grenzen ist der Übergang schwierig (Wartezeiten von mehreren Tagen sind nicht ungewöhnlich), das schreckt von privaten Reisen ab. Überdies werden grenzüberschreitende Beziehungen durch die instabile wirtschaftliche Situation sowie das Fehlen von Bankensystemen in einigen postsozialistischen Ländern gestört. Der Schwarzmarkt hat mehr Verbindungen als der legale. Dennoch sind die bereits bestehenden privaten Geschäftsbeziehungen äußerst wichtig für die künftige Entwicklung. Die östlichen Grenzregionen sind meist unterentwickelte Gebiete, und diese neue Form internationalen Handels (über kurze Distanzen, mit kleinbetrieblicher Struktur) kann diesen armen Regionen neue Dynamik verleihen. Diese Möglichkeiten eröffnen sich auch für Klein- und Mittelstädte.

Der Wettbewerb zwischen Städten erhielt durch die Öffnung der Grenzen ganz neue Dimensionen. Bis dahin hatte er nur innerhalb der jeweiligen Staatsgrenzen stattgefunden, und es ging um die Umverteilung von Mitteln aus dem Budget oder staatliche Investitionen, heute ist das wichtigste Ziel, ausländische Investitionen für sich zu gewinnen – aber nur sehr wenige Leute verstehen etwas von Stadtwirtschaft. Diesen Wettbewerb zwischen Städten möchte ich in Teil 4 dieses Aufsatzes ausführlich besprechen.

3.3 Die Herausbildung einer Stadtwirtschaft

Im kommunistischen System gab es keine lokale oder städtische Wirtschaft – sie stand dem Staat zu und war zentral geplant, daher waren alle wirtschaftlichen Akteure einer Stadt (mit Ausnahme weniger tolerierter Kleinbetriebe und lokaler Genossenschaften) von einer weit entfernt ansässigen Regierungsbehörde (einem Ministerium oder der Industrieverwaltung) abhängig. Ihre Beschäftigung, ihr Wachstum oder Niedergang hingen von außerhalb der Stadt fallenden Entscheidungen ab. Es gab keine Zusammenarbeit oder irgendeine Beziehung im Produktionsablauf zwischen den lokalen wirtschaftlichen Akteuren (mit Ausnahme gelegentlicher informeller Beziehungen zwischen Managern) – die Stadtentwicklung war das zufällig zustandekommende Ergebnis nicht abgestimmter sektoraler Entscheidungen von Regierungsbehörden (oder aber auch Industrieverwaltungen oder großer Betriebe mit Monopolcharakter).

Gegenwärtig sind wir Zeugen der ersten Schritte in der Ausbildung einer Stadtwirtschaft und von lokalen Netzwerken von Betrieben. Lokale Handelskammern und meist private Betriebe bilden das Rückgrat der Stadtwirtschaft, während Staatsbetriebe, die noch immer überwiegen, sich in einem Umwandlungsprozeß und in Privatisierung befinden und nur zögernd wirtschaftliche Beziehungen aufbauen. Ein Zulieferersystem ist erst in Entwicklung und wird durch die bestehende schlechte Zahlungsmoral und durch Probleme bei Kreditaufnahmen behindert.

3.4 Unabhängige Stadtverwaltungen

Gesetze über Lokalverwaltungen stellten einen wichtigen Schritt in Richtung politische Demokratie dar. Dabei orientierte man sich an der Gesetzgebung verschiedener westlicher Staaten, da die meisten postsozialistischen Länder auch in der "präsozialistischen" Zeit nur wenig Erfahrung mit lokaler Demokratie hatten. Nach Jahrzehnten bitterer Erfahrung mit überzentralisierter öffentlicher Verwaltung besteht der generelle Wunsch nach Dezentralisierung der Entscheidungsfindung und lokaler Unabhängigkeit. Jede Art von Zentralverwaltung wird vehement abgelehnt, und darum geht der Pendelausschlag in die Gegenrichtung: Im Siedlungssystem treten Zerfallserscheinungen auf. So hat das Gesetz über die Lokalverwaltung alle früheren Gemeindezusammenlegungen aufgehoben, und jetzt gibt es genauso viele lokale Verwaltungsbehörden wie 1949 (30 % der eigenständigen Gemeinden haben weniger als 500 Einwohner).

Lokalverwaltungen können für basisdemokratische Entwicklungen wichtig sein. Ihre eigentliche Bedeutung ist in den einzelnen Staaten unterschiedlich. Allgemein gilt, daß die alte kommunistische Nomenklatura in ihnen aktiv ist, und das ist der Demokratisierung nicht zuträglich. Tschechien, Polen und Ungarn haben eindeutig einen neuen politischen Kurs eingeschlagen, während in den anderen postsozialistischen Staaten Führungspositionen in nationalen und lokalen Behörden von Mitgliedern der früheren Nomenklatura besetzt sind.

Lokalbehörden sind die Szene für massive Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Parteien. Stadtentwicklungsprobleme erscheinen zu stark ideologisch besetzt. Der instabile und doch nur transitorische Charakter von Stadtregierungen trägt nicht zur Einleitung langfristig wirksamer Stadtpolitik bei. Sogar der Begriff "Planung" gilt jetzt als suspekt, da Kommunismus und Planung sehr eng miteinander verknüpft waren.

Trotz des ausgeprägten Wunsches nach Unabhängigkeit hängen die Lokalverwaltungen sehr stark von der zentralen Budgetumverteilung ab. Die meisten Mittel kommen durch verschiedene Mechanismen direkt von der Staatsverwaltung. Das lokale Steueraufkommen ist unbedeutend. Die Lokalbehörden versuchen, mit den alten Lobby-Methoden staatliche Unterstützungen zu erlangen, gleichzeitig vernachlässigen sie die Beziehungen zu lokalen Interessengruppen, zu den Organisationen der städtischen Gesellschaft, die allerdings immer noch schwach sind.

Die Stadtregierungen in den postsozialistischen Staaten zeigen ein ganz unterschiedliches und rasch wechselndes Bild. Es ist noch zu früh, um allgemeine Trends herausarbeiten zu können. Die Regierungen lernen gerade demokratisches Verwalten. Stadtplanung und Stadtpolitik sind noch schwach, wenn auch nach den Jahrzehnten der Unterordnung überall Neuerungen und Entwicklungspläne zu finden sind. Gegenwärtig ist der Wunsch nach Unabhängigkeit auf der lokalen Ebene stark, Projekte zur regionalen oder metropolitanen Entwicklung, die auf Zusammenarbeit der Lokalverwaltungen beruhen müßten, haben kaum eine Chance.

3.5 Die Veränderung der städtischen Gesellschaft

Schon vor dem Zweiten Weltkrieg unterschied sich die Struktur der städtischen Gesellschaft von der in Westeuropa. Mit Ausnahme tschechischer Städte und einiger abweichender Fälle in Ostmitteleuropa wiesen die Städte nur eine schmale Mittelschicht, dagegen eine breite Unterschicht (kleine Angestellte und das arme Kleinbürgertum neben der Arbeiterschaft) und daneben, besonders in Ungarn und Polen, auch Angehörige des niedrigen Adels auf. Die Eliten konzentrierten sich in einigen wenigen Großstädten, in erster Linie den Hauptstädten. In Mitteleuropa spielte der Adel in der politischen Elite eine bedeutende Rolle, die wirtschaftliche Elite bestand oft aus Ausländern (Juden, Deutsche, Griechen).

In den ländlichen Marktstädten, besonders denen in den ungarischen, bulgarischen und rumänischen Niederungen, umfaßte die städtische Bevölkerung einen hohen Anteil von Landwirten.

Während der kommunistischen Periode galt die "Homogenisierung der Gesellschaft" als wichtiges ideologisches Ziel. Ältere politische und wirtschaftliche Eliten verschwanden und wurden durch eine neue Elite ersetzt, die aus der Partei-Nomenklatura, Managern von Staatsbetrieben und hochrangigen Verwaltungsbeamten bestand. Fast jeder wurde Staatsangestellter. Dennoch wurde die soziale Schichtung mit fortschreitender Modernisierung deutlicher ausgeprägt. In einigen kommunistischen Staaten – Ungarn, Polen, Jugoslawien – waren auch, begrenzt, Privatbetriebe erlaubt.

In der Übergangszeit begünstigten politische Veränderungen und die Wiedereinführung von Privateigentum Veränderungen in der städtischen Gesellschaft. Zunächst wandelte sich die Elite: Ein Teil der kommunistischen politischen Elite mußte sich aus der Politik zurückziehen und ist Teil der wirtschaftlichen oder berufsmäßigen Eliten (Kultur, Technokratie) geworden. Die neue politische Elite rekrutierte sich hauptsächlich aus der kulturellen und berufsmäßigen Elite. Die Gruppe der Privatunternehmer wächst, aber erst wenige von ihnen sind zur wirtschaftlichen Elite zu zählen, in der Leiter von Staatsbetrieben und Bankmanager immer noch eine wichtige Stellung haben. Die Mittelklasse ist immer noch schmal, und manche Gruppen sinken in die Unterschicht ab. Dennoch steigt jetzt die Zahl von Haus- und Grundbesitzern sowie von Leuten, die über Kapital ver-

fügen. Im Augenblick scheint eher die Sozialstruktur der Vorkriegszeit wieder aufzuleben als sich eine moderne westliche städtische Gesellschaft auszubilden.

Soziale Disparitäten wachsen, und infolge der allgemeinen wirtschaftlichen Krise und der Einschränkung der Wohlfahrtseinrichtungen hat sich die Verarmung und Marginalisierung der städtischen Gesellschaft verschärft und zeigt sich deutlicher. In den größeren Städten sammelt sich eine große Zahl von Migranten aus ländlichen Gebieten (in solchen herrscht vielfach starke Arbeitslosigkeit) und von illegalen Zuwanderern aus Osteuropa an, und die Zahl der Obdachlosen wächst. In den Städten entstehen neue soziale Konflikte, Wohlfahrtseinrichtungen und Betreuungsdienste sind noch nicht gut entwickelt – der allgemeine wirtschaftliche Niedergang ist für Wohlfahrtsmaßnahmen von Nachteil.

3.6 Privatisierung von städtischem Grund und Boden

Die Privatisierung von städtischem Grund und Boden ist eine komplexe Aufgabe, und in den verschiedenen Ländern gibt es unterschiedliche Lösungen. Im kommunistischen System war fast der gesamte städtische Grund und Boden Staatseigentum – mit Ausnahme von Parzellen mit privaten Wohnhäusern in jenen Ländern, in denen deren Besitz gestattet war. Mit der kommunistischen Machtübernahme war nicht nur das Privat-, sondern auch das Kommunaleigentum zu Staatseigentum geworden. Den Lokalbehörden und verschiedenen öffentlichen Einrichtungen wurde das Recht eingeräumt, diesen Grund und Boden zu nutzen. Jetzt stehen zwei Problemkreise zur Lösung an:

- a) Wie kann man Kommunaleigentum schaffen? Welcher Teil des Staatseigentums soll den Stadtbehörden überlassen werden?
- b) In welchem Ausmaß soll staatlicher Grundbesitz in der Stadt privatisiert werden? Wie soll man den früheren Besitzer entschädigen, dessen Grundbesitz an den Staat überging? Welcher Teil des staatlichen Grundbesitzes soll auf den Immobilienmarkt gelangen, und wer soll die Transaktionen durchführen? Wie soll man die Besitzrechte von Ausländern regeln?

Die Lösungen sind von Land zu Land sehr unterschiedlich. Was wichtig ist: Das Recht auf Privateigentum wurde wiederhergestellt, und der Immobilienmarkt ist aktiviert worden. Die Preise sind häufig willkürlich angesetzt, und ein großer Teil des städtischen Grund und Bodens ist noch nicht auf dem Markt, zum Teil deswegen, weil der Besitzer nicht feststeht. Dadurch ist das Angebot beschränkt, aber auch der Bedarf ist begrenzt: Es fehlt an Kapital. Dennoch hat die kurze Zeit des Bestehens eines Immobilienmarktes in den Städten bereits die Ausbildung funktionaler Zonen bewirkt. In den größeren Städten entwickeln sich rasch CBD-Elemente: Büroraum, Bankinstitute und Geschäfte mit qualitativ hochwertigem Angebot dringen in die innerstädtischen Wohngebiete ein.

3.7 Das Wohnungswesen

Das Wohnungswesen stellt wohl das schwierigste Problem beim Wandel der Städte dar. In der kommunistischen Periode war es in Stadt und Land ganz verschieden geregelt. Auf dem Land waren die Wohnungen fast durchwegs Privateigentum, Ausnahmen bildeten nur Wohneinheiten, die durch staatliche Landwirtschaftsbetriebe errichtet wurden. In der Stadt gehörten die meisten (wenn nicht alle) Wohneinheiten dem Staat und wurden durch die Stadtbehörden verwaltet. Der Neubau wurde aus dem Staatsbudget finanziert, die Mieten waren in der Regel nur nominell, und sie deckten die Erhaltungskosten nicht. Die Wohnungszuteilung an die Bewerber erfolgte nach deren "Verdiensten" (Parteimitgliedschaft, berufliche Qualifikation) und zum Teil auch nach sozialen Gesichtspunkten (große Familien). Sie diente als wichtiges Werkzeug für die "Homogenisierung", da die Wohnungen ziemlich gleichartig waren und die Bewerber kein Mitspracherecht bezüglich der Lage hatten. Der Wohnbau in den Städten war durch riesige Wohnanlagen aus Fertigteilen gekennzeichnet, durch die die räumliche Struktur der Städte sowie ihr früher individuelles Image stark verzerrt wurden. Übrigens war der Wohnungsmangel eines der brennenden sozialen Probleme der kommunistischen Ära.

Nun verfügen die postsozialistischen Städte über eine riesige Zahl von Wohnungen, entweder als Eigentümer oder als Verwalter, die zum Teil schon vor dem Zweiten Weltkrieg gebaut worden waren und 1950 ins Staatseigentum übergeführt wurden, aber der Großteil stammt aus den letzten Jahrzehnten. Die Instandhaltung wurde vernachlässigt, und jetzt verfällt die Bausubstanz überall. Die Mieten können nicht erhöht werden, weil die Reallöhne ständig sinken. Die Stadtbehörden planen, die früheren Besitzer vom Staat übernommener Wohnungen zu entschädigen. Private verfügen nicht über Kapital, das sie im Wohnungswesen investieren könnten – eine begrenzte Zahl von Luxuseigentumswohnungen stellt die Ausnahme dar. In den meisten Staaten ist der öffentliche Wohnbau wegen der ungünstigen finanziellen Situation der Gemeinden (aus dem Staatsbudget kommen keine Mittel mehr für den Wohnbau) stark zurückgegangen oder überhaupt eingestellt worden. Dementsprechend gibt es keinen sozialen Wohnbau mehr. Neue Wohnungen sind so teuer, daß die Mehrheit der Bevölkerung bereits ganz aus dem Wohnungsmarkt verdrängt worden ist.

Es gibt keine kurzfristig wirksame Lösung. In Ungarn versuchen die Stadtbehörden, Wohnungen zu günstigen Bedingungen an die bisherigen Mieter zu verkaufen. Aus Mietwohnungen werden so Eigentumswohnungen. Es ist leicht vorherzusehen, daß die Erhaltungskosten für die vernachlässigten Häuser sehr hoch sein werden, und die neuen Eigentümer werden die Mittel für umfangreichere Sanierungsmaßnahmen nicht aufbringen können.

3.8 Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen

Die öffentlichen Dienstleistungen waren während der kommunistischen Zeit wegen ihres niedrigen Niveaus oder überhaupt Fehlens berüchtigt. Der Begriff "öffentliche Dienstleistungen" umfaßte hier auch viel mehr als in Marktwirtschaften. Fast alle Dienstleistungen, einschließlich des Einzelhandels und der Reparaturgewerbe, wurden von staatlichen oder genossenschaftlichen Einrichtungen angeboten, die staatliche Zuwendungen erhielten.

In einem ersten Schritt haben nun Privatunternehmer die meisten Dienstleistungen übernommen. Bei den Dienstleistungen hat die Privatisierung der Staatsbetriebe als erstes eingesetzt. Insgesamt gesehen hat sich das Dienstleistungsangebot in vielen postsozialistischen Staaten stark verbessert, obwohl es ganz allgemein keine billigen Dienstleistungen mehr gibt. Gegenwärtig ist das Vordringen privaten Unternehmertums in die traditionell öffentlichen Dienstleistungen zu beobachten: ins Bildungs- und Gesundheitswesen, in den Verkehr etc. Das Hauptproblem liegt in der geringen Kaufkraft der Bevölkerung. Bestimmte Formen von Dienstleistungen verschwinden. So hatten Staatsbetriebe, vor allem in kleineren Städten, bestimmte Dienstleistungen für die Gemeinde übernommen, etwa den Wohnbau und die Führung von Kindergärten und die Einrichtung und den Betrieb von Kulturzentren, oder sie trugen zur Entwicklung der Infrastruktur bei. Eine Art Vormundrolle der Industrie war für das städtische Leben kennzeichnend. Die Betriebsleiter unterstanden den Lokalbehörden in keiner Hinsicht, wodurch sie ein spezielles Prestige besaßen. Das politische System unterstützte ganz bewußt diese Rolle der Betriebe in der politischen Sozialisation – soziale und politische Aktivitäten wurden von den Betrieben organisiert, und die Funktion der Städte blieb auf die eines Wohnplatzes beschränkt. Offensichtlich war es viel einfacher, diese Aktivitäten innerhalb des Arbeitsplatzes unter Kontrolle zu halten.

4. Ostmitteleuropäische Städte in der europäischen Städtekonkurrenz

Während der letzten Jahrzehnte hat sich das Netz europäischer Metropolen auf der Basis der europäischen Integration weiterentwickelt. Das Rückgrat dieses Systems ist die Hauptachse der Urbanisation und der wirtschaftlichen Dynamik in der EU, die bekannte "Banane". In jüngster Zeit fügen sich südeuropäische und skandinavische Metropolen in diese Kernzone ein. Der politische Wandel hat auch den ostmitteleuropäischen Städten die Möglichkeit zur Integration eröffnet. Aber Integration kann sich nur über Konkurrenz entwickeln, und die postsozialistischen Städte sind für einen Konkurrenzkampf nur schlecht vorbereitet.

Es ist zu erwarten, daß in einem ersten Schritt zuerst die größten Städte (Hauptstädte) versuchen werden, sich in das Metropolennetz einzugliedern. Durch das

zentralisierte politische System haben sich in diesen Städten die wirtschaftlich-finanziellen Einrichtungen konzentriert, ebenso der F und E-Sektor, die Kommunikationsinfrastruktur und Humankapital auf hohem Niveau.

Die meisten Hauptstädte sind groß genug, um als Metropolen eingestuft werden zu können (vgl. Tab. 1). Es gibt zwei Ausnahmen: Preßburg und Laibach. Für Belgrad und Zagreb bestehen wahrscheinlich auf lange Zeit bedeutende Hindernisse wegen des jugoslawischen Bürgerkrieges. Was Bukarest und Sofia betrifft, so ist weder ihre Infrastruktur noch ihre wirtschaftliche und soziale Struktur gegenüber den anderen europäischen Großstädten konkurrenzfähig. Die große Distanz zu Westeuropa ist wegen des schlechten Kommunikationssystems ein schwerwiegender Nachteil. Diese Situation könnte sich in Zukunft ändern. Gegenwärtig bringen nur Budapest, Prag und Warschau die Voraussetzungen mit, sich allenfalls erfolgreich in der Städtekonkurrenz in Europa durchzusetzen. In Tschechien, Ungarn und Polen ist der Übergang zur Demokratie und zur Marktwirtschaft am weitesten gediehen, die Veränderungen sind irreversibel. In den anderen postsozialistischen Ländern ist das endgültige Ergebnis des Umwandlungsprozesses noch ungewiß.

Auf drei Gebieten können Budapest, Prag und Warschau in die Konkurrenz eintreten. Das erste bezieht sich auf den europäischen Kernraum. Für nicht EU-Hauptstädte sind die Konkurrenzbedingungen schwieriger, zumindest kurzfristig wächst der Isolationismus der EU. Der zweite Bereich ist Ost- und Mitteleuropa,

Stadt	Bevölkerung in 1.000		Bevölkerungsdichte (Personen / qkm)	Anteil an der gesamten Bevölkerung des Staates
	1970	1990/91	1990/91	1990/91
Belgrad	1.204	1.602	497	15,1
Berlin	3.206	3.439	3.868	4,3
Preßburg	306	444	1.208	8,4
Bukarest	1.596	2.319	1.274	10,0
Budapest	1.945	2.018	3.843	19,5
Laibach	258	276	358	14,0
Prag	1.080	1.215	2.450	11,7
Sofia	984	1.221	931	13,6
Wien	1.615	1.591	3.835	19,5
Warschau	1.309	1.653	3.340	4,3
Zagreb	734	931	544	19,5

Tab. 1: Die Bevölkerung mittel- und südosteuropäischer Hauptstädte

wo es um eine Subzentren- oder Gateway-Rolle gegenüber anderen postsozialistischen Staaten geht. Das dritte Feld ist subregional und umfaßt einen Teil Ostmitteleuropas, also etwa das Karpaten-Becken oder Schlesien oder irgendeine andere historische räumliche Einheit.

Der Wettbewerb wird von internen und externen Bedingungen gelenkt. Was die interne Situation anlangt, hat Budapest gegenüber den beiden anderen Städten gewisse Vorteile. Die Kommunikationsinfrastruktur, die Wirtschaftsdienste und die Fremdenverkehrsinfrastruktur sind besser entwickelt als in Prag oder Warschau. Budapest hat schon eine Anzahl multinationaler Unternehmen an sich gezogen, etwa Versicherungsgesellschaften, und, was noch wichtiger ist, es hat bei der Anwerbung ausländischer Investoren schon Erfolge gehabt. Zwischen 1989 und 1992 konnte es sich 30 % aller westlichen Investitionen in den postsozialistischen Staaten sichern. Dennoch ist die Infrastruktur schlechter entwickelt als in den Städten im Westen, und das Dienstleistungsangebot hat große Mängel. Aber Budapest ist größer und hat ein günstigeres großstädtisches Image als die Konkurrenten.

Ein anderes wichtiges Element ist die städtische Gesellschaft. Wenn man die Konkurrenzfähigkeit von Metropolen analysiert, konzentriert man sich überwiegend zu sehr auf technische und wirtschaftliche Aspekte. Dabei werden die sozialen Aspekte oft nicht beachtet. Ich glaube, daß im Falle der postsozialistischen Städte ihre Konkurrenzfähigkeit zu einem großen Teil von den geistigen (kulturellen, verhaltensmäßigen) Qualitäten der Bevölkerung abhängen wird. Der Bildungsstand ist in diesen Städten ganz allgemein gut – aber sind die Leute gut genug ausgebildet, um eine moderne Infrastruktur und moderne Einrichtungen effizient zu führen? Werden die Bürger bereit sein, metropolitane Werte, wie ein multikulturelles, multiethnisches Geistesleben, die Anwesenheit von Immigranten und ausländischen Geschäftsleuten, zu akzeptieren? Sind sie bereit, ihre Stadt (also die öffentlichen Dienstleistungen, das Kulturleben usw.) ähnlich zu gestalten, wie dies in anderen europäischen Metropolen üblich ist? In bezug auf europäisches städtisches Leben hat Prag die stärker ausgeprägten Traditionen, während der kommunistischen Ära zeigten sich dagegen Budapest und Warschau offener gegenüber westlichen Einflüssen.

Was den externen Bedingungsrahmen betrifft, müssen wir die geographische Lage und das nationale Hinterland der Städte beachten. Alle drei Metropolen liegen in geringer Distanz von ihren westlichen Nachbarn. Warschau hat wohl die vorteilhafteste Lage: auf halbem Weg zwischen Deutschland und dem postsowjetischen Wirtschaftsraum (Polen grenzt an fünf postsowjetische Republiken), mit guten Beziehungen zum Baltikum. Für europäische Begriffe ist Polen ein Großstaat, mit 36 Mio. Einwohnern. Prag liegt am weitesten im Westen, was die Integration erleichtert, aber die zu geringe Distanz zu Konkurrenten macht es schwierig, die Rolle eines subregionalen Zentrums zu erlangen. Tschechiens

Fläche und Einwohnerzahl sind gering. Auch Budapest liegt in einem kleinen Staat mit ebenso geringer Einwohnerzahl, es verfügt aber potentiell über einen großen Einflußbereich in Südosteuropa.

Für eine künftige Integration in das europäische Metropolennetz bestehen vier Optionen. Die erste ist, beim Anschluß an dieses Städtenetz "den kürzesten Weg zu wählen". Das bedeutet im Fall von Budapest: Wien. Die Nachbarschaft dieser beiden Städte und ihre traditionellen Beziehungen im Rahmen der früheren Österreichisch-ungarischen Monarchie könnten die Kooperation begünstigen. Wien ist der stärkere Partner, aber Budapest ist eine sehr dynamische Stadt und könnte, wenigstens teilweise, Wiens Gateway-Funktion als eine westliche Hauptstadt gegenüber Südosteuropa an sich ziehen. Beide Städte sind Hauptstädte kleiner Staaten mit einem nur mäßig entwickelten Städtenetz. Es könnte sein, daß sich nach einem Anschluß Österreichs an die EU Wiens Interessen nach Westen wenden werden und es den Versuch macht, sich der europäischen städtischen Kernzone anzuschließen. Dann würden die Beziehungen nach Osten vernachlässigt. Für Prag und Warschau ist die nächstgelegene Metropole Berlin, daher wird der Konkurrenzkampf wohl schwieriger sein als für Budapest. Zunächst ist diese erste Option in Angriff genommen worden.

Die zweite Option wäre, ein mitteleuropäisches Städtenetzwerk aufzubauen und sich nicht unbedingt der westeuropäischen Kernzone anzuschließen. In diesem Szenario würde Berlin eine "global city" werden – wie London und Paris heute, und würde in seiner Einflußsphäre eine "zweite Banane" ausbilden. Diese Option würde einen engen Zusammenschluß zwischen den mitteleuropäischen Städten voraussetzen – heute ist dieser Zusammenhalt schwach, selbst die Kommunikation ist wenig entwickelt.

Bei der dritten und vierten Option wird ein Mißlingen der Integration mit dem Westen vorausgesetzt. Die dritte wäre, daß die mitteleuropäischen Hauptstädte den Westrand Osteuropas darstellen und hauptsächlich grenzüberschreitende Beziehungen gegenüber Ost- und Südeuropa wiederaufbauen würden. In diesem Szenario käme es zu lang andauernder wirtschaftlicher Depression und Isolationsismus von seiten der EU. Die politische Instabilität und wirtschaftliche Unsicherheit in den ost- und südosteuropäischen Staaten könnte die Entwicklung wichtiger internationaler Funktionen in den drei mitteleuropäischen Hauptstädten stark behindern. Sie hätten mit einem starken Zustrom von Einwanderern und Flüchtlingen aus Osteuropa zu rechnen. Die vierte Option wäre schließlich, daß Budapest, Prag und Warschau zunächst nur die Zentren ihrer Staaten blieben und ihre Entwicklung nur aus nationalen Quellen genährt würde. Das würde bedeuten, daß keine wichtigen internationalen Funktionen aufgebaut werden könnten.

Bleiben wir bei den beiden optimistischeren Varianten. Ich glaube, daß die mitteleuropäischen Hauptstädte Gateway-Funktionen für Ost- und Südeuropa übernehmen sollten. Sie haben viel Erfahrung im Umgang mit postsowjetischen

Republiken und dem Balkan. Es wäre möglich, sich in Westeuropa zu integrieren, ohne Beziehungen nach Osten, aber ohne Gateway-Funktionen wäre die Entwicklung zu subregionalen Zentren unmöglich. In Budapest und in Warschau hat die Stadtpolitik diese Situation erkannt. Hier gibt es bereits eine Anzahl Bildungseinrichtungen (z. B. Central European University, International Management Centre, International Bankers' School), in denen junge Fachleute vom Balkan und aus Osteuropa ausgebildet werden sollen. Warschau und Budapest bemühen sich hauptsächlich um wirtschaftliche und zum Teil auch kulturelle Funktionen, die sie auf internationalem Niveau ausfüllen können. Prag betont seine kulturelle Funktion und hat bisher die wirtschaftlichen Beziehungen zu den früheren COMECON-Staaten vernachlässigt. Es erwartet sich eine rasche Integration in den Westen durch Einschränkung seiner Beziehungen zum Osten, aber diese Grundhaltung läßt Zweifel an seiner Eignung aufkommen, Funktionen als subregionales Zentrum zu übernehmen.

Naturgemäß werden sich diese Optionen doch eher durch umfassende Trends in der geopolitischen Transformation Europas als durch lokale Stadtpolitik eröffnen. Die Ausbildung eines gesamteuropäischen Städtesystems wird ein langwieriger und widersprüchlicher Prozeß sein.

5. Zusammenfassung

Der Aufsatz geht davon aus, daß die Verstädterung in Ostmitteleuropa mit einer zeitlichen Verzögerung dem gleichen Modell folgt wie die im übrigen Europa. Es wird diskutiert, welche Phänomene der Transformationsprozeß in den Städten auslöst, welche Chancen sie im einzelnen haben, sich in ein gesamteuropäisches Städtetz zu integrieren, und wieweit sie in dieser Konkurrenzsituation mithalten können. Es wird angenommen, daß sie wichtige Gateway-Funktionen an sich ziehen werden.

6. Summary

György Enyedi: The Transition of Post-socialist Cities

In this paper three issues are being discussed: 1) Are there any differences between the urban systems in East Central Europe and the rest of Europe? 2) What are the main characteristics of the process of transition in the cities? 3) How can "post-socialist" cities participate in the competition between European cities and the process of European integration? The author believes that the development of the post-socialist cities will conform to the West European model, with some time-lag though, and that they might get important gateway functions in future.

7. Literaturverzeichnis

- BERG van den L., DREWETT R. et al. (1982), *Urban Europe: A Study of Growth and Decline*. Oxford, Pergamon Press.
- BLANCHARDO O. et al. (1991), *Reform in Eastern Europe*. Cambridge, MIT Press.
- BŐRŐCZ J. (1989), Mapping the class structures of state socialism in East-Central Europe. In: *Research in Social Stratification and Mobility*, 8, S. 279-309.
- DEMKO G.J., REGULSKA J. (1987), Socialism and its impact on urban processes and the city. In: *Urban Geography*, 8, S. 289-293.
- ENYEDI G. (1978), *Kelet-Közép Európa gazdasági földrajza (The Economic Geography of East Central Europe)*. Budapest, KJK.
- ENYEDI G. (1989), Településpolitikák Kelet-Közép Európában (Settlement policies in East Central Europe). In: *Társadalmi Szemle*, 44, 10, S. 20-31.
- ENYEDI G. (1990), Specific urbanization in East Central Europe. In: *Geoforum*, 21, S. 163-172.
- ENYEDI G., SZIRMAI V. (1992a), *Budapest – A Central European Capital*. London, Belhaven.
- ENYEDI G. (Hrsg.) (1992), *Social Transition and Urban Restructuring in Central Europe*. Budapest, European Science Foundation.
- ENYEDI G. (1992c), Turning points of urbanization in East Central Europe In: KERTÉSZ A., KOVÁCS Z. (Hrsg.), *New Perspectives in Hungarian Geography*, S. 105-113. Budapest, Akadémiai Kiadó.
- ENYEDI G. (1992d), Urbanisation in East Central Europe: Social Processes and Societal Responses in the State Socialist System. In: *Urban Studies*, 29, 6, S. 869-880.
- FRIEDRICHS J. (1985), *Stadtentwicklungen in West- und Osteuropa*. Berlin, New York, Walter de Gruyter.
- GUTKIND E.A. (1972), *Urban Development in East Central Europe: Poland, Czechoslovakia and Hungary*. New York, Free Press.
- ILLNER M. (1992), Municipalities and industrial paternalism in a "real socialist" society. In: DOSTAL P., ILLNER M., KÁRA J., BARLOW M. (Hrsg.), *Changing Territorial Administration in Czechoslovakia*. Amsterdam, Instituut voor Sociale Geografie.
- KEATING M. (1991), *Comparative Urban Politics*. Aldershot, Edward Elgar.
- KORNAI J. (1993), *A szocialista rendszer. Kritikai politikai gazdaságtan (The Socialist System. Critical Political Economy)*. Budapest, HVG Kiadó.
- KORNAI J. (1990), *The Road to a Free Economy. Shifting from a Socialist System: the Example of Hungary*. Budapest, HVG Kiadó.
- MUSIL J. (1980), *Urbanisation in Socialist Countries*. White Plains, MSS. Sharpe.
- MUSIL J. (1991), *Prague in Central Europe*. Amsterdam, Centrum voor Grootstedelijk Onderzoek.
- SÁRFALVI B. (1975), *Urbanisation in Europe*. Budapest, Akadémiai Kiadó.
- SZELÉNYI I. (1983), *Urban Inequalities under State Socialism*. Oxford, Oxford University Press.

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft](#)

Jahr/Year: 1994

Band/Volume: [136](#)

Autor(en)/Author(s): Enyedi György

Artikel/Article: [Der Wandel postsozialistischer Städte 53-70](#)